



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 18.10.2024 bis 25.10.2024

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Bangladesch: "Ostern soll ein gesetzlicher Freitag werden"	4
Burkina Faso: Gewalt nimmt zu	5
Deutschland: "Islamisten fühlen sich hierzulande wohler als in Saudi-Arabien"	6
Deutschland: Anteil der Schüler in „Reli“ geht deutlich zurück	7
Deutschland: Historischer Kirchturm ausgebrannt	8
Deutschland: IDEA wurde Opfer eines Cyberangriffs	9
Deutschland: IDEA-Sonderheft „Christenverfolgung“	10
Deutschland: Jesus-Skulptur wird künftig per Video überwacht	11
Deutschland: Kirchenasyl-Hamburger Innensenator übt scharfe Kritik an Kirchen	12
Deutschland: Urteil für Brandstiftung ist rechtskräftig	13
DR Kongo: 18 Christen ermordet	14
Großbritannien: Lebensrechtler zu Geldstrafe verurteilt	15
Indonesien: 2 Verhaftungen wegen Blasphemie	16
Indonesien: Vielfältige Regionen	17
Iran: Drei Konvertiten festgenommen	18
Israel: Jerusalem-Marsch	19
Italien: Leihmutterschaft verboten	21
Kamerun: Gerüchte über den Gesundheitszustand des Präsidenten Biya	22
Kongo: Terroristen ermorden 18 Christen im Nordosten des Landes	23
Mexiko: Indigener Priester und Menschenrechtler ermordet	24
Moldawien: Den Namen Christi bekannt machen	26
Mosambik: Ausschreitungen nach Mord an Oppositionsvertretern	27
Myanmar: Nationale Menschenrechtskommission will im Bürgerkrieg vermitteln	28
Pakistan: Umstrittener islamischer Prediger	29
Pakistan: Zwei Christinnen von Blasphemieanklage freigesprochen	30
Plakat in Teheran	31
Polen: Ärztin soll Frauen zur Abtreibung verholfen haben	32
Russland: AVC - Befreundeter Pastor in Russland verhaftet	33
Saudi-Arabien: Keine Bewerbung um Sitz im Menschenrechtsrat	34
Somalia: Christlicher Konvertit erleidet dritten Angriff	35
Sudan: Bürgerkrieg	37

Bangladesch: "Ostern soll ein gesetzlicher Freitag werden"

Christliche Konfessionen schreiben an Chef der Übergangsregierung

Dhaka (Fides) - Ostern soll ein gesetzlicher Feiertag werden. Dies fordern die Christen in Bangladesch erneut von der Übergangsregierung in einem Brief, der von Bischof Bejoy N. D'Cruze, dem Vorsitzenden der Bischofskonferenz und des Vereinigten Forums der Kirchen von Bangladesch (in dem alle anderen christlichen Konfessionen des Landes vertreten sind) unterzeichnet wurde und an den Chef der Übergangsregierung von Bangladesch, Muhammad Yunus, gerichtet ist. In dem Schreiben, das Fides vorliegt, wird der Regierung das Gebet der christlichen Gemeinschaft zugesichert und daran erinnert, dass Ostern, „der Tag, an dem wir den Sieg unseres Herrn Jesus Christus über Sünde und Tod feiern, eines der bedeutendsten Feste des Christentums ist“.

„Leider wird dieser Tag von immenser Bedeutung trotz wiederholter Bitten an frühere Regierungen nicht als gesetzlicher Feiertag im Lande anerkannt. Das hat zur Folge, dass viele Katholiken nicht an den Gottesdiensten und der Heiligen Messe teilnehmen können und damit ihre religiösen Pflichten verletzen“, heißt es in dem Schreiben weiter.

Und das Problem betrifft nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Schüler, denn „einige Prüfungen fallen oft auf diesen Tag und christliche Schüler fühlen sich bedrängt, weil sie nicht mit der Gemeinschaft feiern können“.

„Wir bitten darum“, so heißt es in dem Schreiben weiter, „dass wir wie andere Religionen in unserem Land die Möglichkeit haben, diesen bedeutenden und feierlichen Feiertag zu begehen. Obwohl die christliche Bevölkerung nicht sehr groß ist, sind wir ein integraler Bestandteil dieses Landes und leisten einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung durch unsere Gemeinschaftsdienste“, insbesondere „in den Bereichen Bildung, medizinische Versorgung, Armutsbekämpfung und andere Entwicklungsprogramme“.

„Wir begrüßen die Reforminitiativen Ihrer Regierung“, heißt es in dem Schreiben abschließend, „und bitten Sie, in Erwägung zu ziehen, den Ostersonntag zu einem gesetzlichen Feiertag zu erklären, damit die christliche Gemeinschaft wichtige Rituale feiern kann“.

(Fides 18/10/2024) von Fabio Beretta

Burkina Faso: Gewalt nimmt zu

Hunderte Tote bei einem bewaffneten Angriff in dem Dorf Manni

Ouagadougou (Fides) - Burkina Faso kommt es seit langem immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen durch bewaffnete Gruppen. In den letzten Monaten scheint die Situation außer Kontrolle geraten zu sein.

Wie Fides am 6. Oktober berichtete, wurde zuletzt das Dorf Manni in der Provinz Gnagna im Osten des Landes Opfer eines schweren Angriffs.

„Bei dem Angriff in Manni kamen mehr als 150 Menschen ums Leben, darunter viele Christen“, berichtet die lokale Quelle, die aus Sicherheitsgründen um Anonymität bittet. „Vor dem Angriff waren die Mobilfunknetze in dem Dorf unterbrochen worden, um jegliche Kommunikation zu verhindern. Die Terroristen griffen zunächst den örtlichen Markt an, wo sich viele Einwohner nach der Messe versammelt hatten. Dann drangen sie in Häuser und Geschäfte ein, um diejenigen zu töten, die dort Zuflucht gesucht hatten, und legten Feuer, um die Opfer lebendig zu verbrennen. Am nächsten Tag kehrten sie zurück, zündeten Autos an und schossen auf medizinisches Personal und jeden, der in ihre Nähe kam. Viele der Opfer stammten aus den umliegenden Dörfern, waren bereits von den Terroristen vertrieben worden und waren nach Manni geflüchtet.“

Der Bischof der Diözese Fada N' Gourma, Pierre Claver Malgo, drückte unterdessen seine tiefe Trauer und sein aufrichtiges Mitgefühl für alle betroffenen Familien aus und bezeichnete diesen kriminellen Angriff als „barbarisch“.

„Bedauerlicherweise“, so die Quelle, „führen diese fortgesetzten Angriffe zu einem Anstieg der Zahl der Binnenflüchtlinge im Land.“

Im August kam es in Burkina Faso zu Terroranschlägen in der Provinz Nayala, im Dorf Nimina, in Mogwentenga und in Gnipiru, bis Ende August in Barsalogo das schlimmste Massaker in der Geschichte des Landes stattfand, bei dem schätzungsweise mindestens 400 Menschen ums Leben kamen.

Seit 2015 wird Burkina Faso von terroristischen Gruppen heimgesucht, was zu einem ständigen Zustand der Unsicherheit und Angst führt. Seit der Interimspräsident Ibrahim Traoré am 30. September 2022 an der Macht ist, gab es mindestens sechs Putschversuche gegen ihn, die Berichten zufolge vereitelt wurden, der letzte in chronologischer Reihenfolge war Ende August 2024.

(AP) (Fides 24/10/2024)

Deutschland: "Islamisten fühlen sich hierzulande wohler als in Saudi-Arabien"

Mansour: Politik steht der Bedrohung konzeptlos und gelähmt gegenüber

München (IDEA) – Planlosigkeit und Zögerlichkeit im Umgang mit dem Islamismus hat der Psychologe Ahmad Mansour der deutschen Politik vorgeworfen. In Focus Online schreibt der deutsch-arabische Israeli: „Anstatt sich der Bedrohung zu stellen, wird darüber gestritten, ob der Begriff ‚Islamismus‘ nicht pauschalisierend klingen und Muslime kränken könnte.“ Linksradikale Ideologen verhinderten weitgehend eine ernsthafte Debatte über islamistische Ideologen. Beide behaupteten, das „Dekolonisieren“ zu betreiben. Damit tarnten sie ihren Antisemitismus. Wer Probleme mit Islamismus beim Namen nenne, der riskiere als „islamophob“ zu gelten. Zugleich verbreiteten sich islamistische Akteure nach und nach auch in Schulen, in der Jugendarbeit und der Zivilgesellschaft. „Und die muslimischen Communitys erhalten vom Staat kaum Ermutigung oder Aufforderung, sich deutlich und eindeutig von den Radikalen zu distanzieren“, so Mansour. Deutschland erkenne nicht, dass Antisemiten und politische Islamisten vor allem eines seien: Feinde der Demokratie. Liberale muslimische Stimmen, die seit Jahren vor dieser Entwicklung warnten, würden teils gescheut, als „islamfeindlich“ gescholten und gemieden. Mansour zufolge fühlen sich ironischerweise Islamisten in Deutschland mittlerweile wohler als in manchen islamischen Ländern wie Saudi-Arabien, den Emiraten oder Ägypten, wo Hassprediger heutzutage mit harten Repressionen rechnen müssten. Seit dem 7. Oktober 2023 tobten sich Islamisten, Antisemiten und Linksradikale auf Deutschlands Straßen aus und riefen ihre Parolen auf dem Hochschulcampus. Politiker beschwörten indes das „Nie wieder“ und versicherten, dass „Antisemitismus keinen Platz“ in Deutschland habe. Mansour: „Leider hat er einen Platz und nimmt Platz ein.“ Man müsse nur auf die Umfragen schauen.

Juden wandern aus: „Katastrophales Warnsignal“

Deutsche Politik wirke jedoch „konzeptlos, verzagt, furchtsam, gelähmt von völlig falschen Begriffen von politischer Korrektheit und Rassismus“. Der Blick nach Frankreich oder Schweden, wo der Islamismus kaum noch einzudämmen sei, zeige: „Wer ähnliche Zustände verhindern will, muss jetzt handeln.“ Viele Juden in Deutschland dächten darüber nach, das Land zu verlassen, und viele von ihnen ziehe es Richtung Israel. Das sei ein „katastrophales Warnsignal“.

Deutschland: Anteil der Schüler in „Reli“ geht deutlich zurück

Gut die Hälfte besucht noch evangelischen oder katholischen Religionsunterricht

Berlin (IDEA) – Der Anteil von Schülern im konfessionellen Religionsunterricht der ersten zehn Klassenstufen ist in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen. Das geht aus aktuellen Angaben der Kultusministerkonferenz (Berlin) hervor. Demnach nahmen im vergangenen Schuljahr 28,5 Prozent (rund 1,9 Millionen) am evangelischen und 25,2 Prozent (etwa 1,7 Millionen) am katholischen Religionsunterricht teil. Im Schuljahr 2015/16 waren es noch 35,2 Prozent auf evangelischer und 33,6 Prozent auf katholischer Seite. Dagegen ist die Beteiligung am Ethikunterricht im gleichen Zeitraum von 15,2 Prozent auf 26,4 Prozent gestiegen. Weder den Religions- noch den Ersatzunterricht besuchen 6,1 Prozent der Schüler (2015/16: 8,2 Prozent). Nahezu gleich geblieben ist der Anteil im „übergreifenden Religionsunterricht“ (4,5 Prozent). Das bedeutet: Schüler unterschiedlicher Konfessionen werden von einer Religionslehrkraft einer bestimmten Konfession unterrichtet. In den islamischen Religionsunterricht gehen 0,7 Prozent der Schüler (2015/16: 0,4 Prozent). Der Sprecher der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz, Matthias Kopp (Bonn), erklärte zu der Statistik: „Wir bedauern diese Entwicklung, aber sie überrascht uns nicht.“ Der Rückgang entspreche der rückläufigen Zahl von Kirchenmitgliedschaften in Deutschland.

Deutschland: Historischer Kirchturm ausgebrannt

Bremerhaven: Die evangelische Dionysiuskirche in Wulsdorf stammt aus dem 12. Jahrhundert

Bremerhaven (IDEA) – Der Kirchturm der historischen evangelischen Dionysiuskirche in Bremerhaven-Wulsdorf ist durch ein Feuer zerstört worden. Wie die Feuerwehr Bremerhaven mitteilte, brannte der Dachstuhl des Bauwerks in der Nacht auf den 16. Oktober vollständig. Die schnelle Ausbreitung der Flammen habe die Löscharbeiten erheblich erschwert. Den Einsatzkräften sei es aber gelungen, ein Übergreifen des Feuers auf das Kirchenschiff zu verhindern. Außerdem konnten Feuerwehrleute historisch wertvolle Gegenstände aus dem Kirchenschiff retten. Es kam aber zu erheblichen Schäden durch Löschwasser. Die Brandursache und das Ausmaß des Schadens sind noch unklar. Die Dionysiuskirche wurde im 12. Jahrhundert erbaut und ist die älteste Kirche Bremerhavens.

Deutschland: IDEA wurde Opfer eines Cyberangriffs

Hacker dringen auf Server ein und fordern Lösegeld

Wetzlar (IDEA) – Die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA (Wetzlar) ist am frühen Morgen des 21. Oktobers Opfer eines Cyberangriffs geworden. Eine osteuropäische Hackergruppe ist in die IT-Infrastruktur des Medienunternehmens eingedrungen. Dabei wurden die Server teilweise verschlüsselt. Infolgedessen konnte das Unternehmen eine Zeit lang nicht mehr auf die von ihm verwalteten Daten zugreifen. Das Ziel der Hacker war es, das Werk arbeitsunfähig zu machen und Lösegeld für die Entschlüsselung zu fordern. Die IT-Abteilung hat schnell reagiert, umgehend weitere Experten-Teams involviert und Gegenmaßnahmen eingeleitet. IDEA meldete den Vorfall den zuständigen Aufsichtsbehörden. Parallel wurde Anzeige bei der Kriminalpolizei erstattet. Lösegeld wurde nicht gezahlt. Die redaktionellen Angebote von IDEA konnten dennoch aufrechterhalten werden. IDEA veröffentlicht weiter seine Nachrichten auf [idea.de](https://www.idea.de) und im werktäglichen [Pressedienst](#). Das [Wochenmagazin](#) IDEA erscheint aufgrund der massiven technischen Störungen in dieser Woche einen Tag verspätet. Die Erreichbarkeit ist derzeit eingeschränkt, aber gegeben. Es ist grundsätzlich nicht auszuschließen, dass es bei dem Cyberangriff zu einem nicht autorisierten Zugriff auf die gespeicherten Daten gekommen ist. Kunden von IDEA erhalten unter [idea.de/cyberangriff](https://www.idea.de/cyberangriff) weitere Informationen über den Vorfall.

Deutschland: IDEA-Sonderheft „Christenverfolgung“

Betroffenen eine Stimme geben – Experten informieren auf 60 Seiten über die Lage in zahlreichen Verfolgerstaaten

Wetzlar (IDEA) – Verfolgten Christen eine Stimme geben – diesem Anliegen dient die Sonderausgabe „Christenverfolgung 2024/2025“ der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA (Wetzlar). Das 60-seitige Heft ist am 23. Oktober erschienen. Es informiert über die Lage Betroffener unter anderem in Pakistan, dem Jemen, Ägypten, Mexiko, Nigeria, Mali, dem Sudan und Bhutan. „Mit dem Spezial wollen zeigen, wie man von Deutschland aus bedrängten Christen beistehen kann“, erklärte IDEA-Leiterin Daniela Städter. Sie ruft dazu auf, angesichts des Leids von Millionen verfolgter Christen weltweit nicht abzustumpfen, sondern für sie zu beten und sich mit Aktionen für sie einzusetzen. Dazu dient auch die monatliche Rubrik „Gefangener des Monats“.

Schicksal Inhaftierter öffentlich machen

Jeden Monat benennen die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und IDEA einen oder mehrere Christen, die aufgrund ihres Glaubens inhaftiert sind. Beide Werke rufen dazu auf, sich in Briefen an die Verantwortlichen der jeweiligen Länder zu wenden und um Freilassung der Betroffenen zu bitten. Die Aktion dient dazu, das Schicksal dieser inhaftierten Christen stellvertretend für viele andere öffentlich zu machen und so Druck auf die Verfolgerstaaten auszuüben. Wiederholt ist es im vergangenen Jahr vorgekommen, dass Betroffene vorzeitig freigelassen wurden. In dem Heft geht es ferner um die Not vieler junger Christinnen in Ägypten. Experten schätzen, dass jährlich Hunderte entführt und zwangsislamisiert werden. Exklusiv für IDEA beschreibt der Menschenrechtsexperte Martin Lessenthin die Notlage asylsuchender Ägypter in Deutschland.

Kooperation mit elf Organisationen

IDEA hat für dieses Sonderheft mit elf Missions- und Hilfswerken zusammengearbeitet. Denn sie sind mit ihren Partnern vor Ort tätig und können einen authentischen Einblick in die Länder bieten. Damit liefert das Sonderheft nicht nur eine Übersicht über die Staaten, in denen Verfolgung herrscht, sondern auch eine Übersicht über die Werke, die sich für verfolgte Christen einsetzen.

Exemplare der IDEA-Sonderausgabe können telefonisch (06441-9150), per E-Mail (aboservice@idea.de) oder über die Internetseite [idea.de/christenverfolgung](https://www.idea.de/christenverfolgung) zum Preis von 3 Euro (ab zehn Exemplaren 2,20 Euro pro Stück) bestellt werden.

Deutschland: Jesus-Skulptur wird künftig per Video überwacht

Grafenrheinfeld: Unbekannte hatten sie mit einem Pentagramm und einem Hakenkreuz beschmiert

Grafenrheinfeld (IDEA) – Eine Jesus-Skulptur auf einem Friedhof der Gemeinde Grafenrheinfeld (Unterfranken) wird zukünftig per Video überwacht. Grund sind laut einem Bericht der Tageszeitung „Main-Post“ Schmierereien, die Anfang Oktober auf der vor einem Jahr eingeweihten Skulptur entdeckt worden waren. Bisher unbekannte Täter hatten mit einem Permanentmarker ein Pentagramm und ein Hakenkreuz auf der Stirn der sitzenden Jesus-Figur angebracht. Auf der jüngsten Sitzung des Gemeinderats hatte der Erste Bürgermeister von Grafenrheinfeld, Christian Keller (CSU), berichtet, dass der Schaden mittlerweile rückstandslos behoben worden sei. Die Sandsteinskulptur auf dem Friedhof am Fronsee sehe wieder wie vorher aus. Um künftige Akte des Vandalismus zu verhindern, werde die Gemeinde die Skulptur aber in Zukunft per Video überwachen lassen.

Bürgermeister: Niemand soll sicher sein, nicht erwischt zu werden

Keller hatte zuvor auf der [Webseite](#) der Gemeinde Bürger aufgerufen, sich mit Hinweisen zur Tat zu melden. Er versprach auch eine Belohnung. Die „wunderschöne Skulptur“ habe einen privaten Stifter sehr viel Geld gekostet und solle „die nächsten Jahrzehnte und vielleicht sogar Jahrhunderte“ alle erfreuen, die sie sehen. Er wolle, dass sich zukünftig niemand sicher sein solle, nicht erwischt zu werden, so Keller. „Helft mit, dass wir solchen niederträchtigen Sachbeschädigungen an unserem gemeinsamen Eigentum Einhalt gebieten.“ Auf [Facebook](#) erklärte der Bürgermeister zudem, dass er sich mit dem Täter sehr gern „mal intensiv unterhalten“ wolle.

Deutschland: Kirchenasyl-Hamburger Innensenator übt scharfe Kritik an Kirchen

Grote: Die verabredeten Regeln werden in vielen Fällen nicht

Hamburg (IDEA) – Der Hamburger Innensenator Andy Grote (SPD) hat scharfe Kritik am Umgang der Kirchen mit dem Kirchenasyl geübt. Die vereinbarten Regeln dafür würden von ihnen oft nicht eingehalten, sagte der Politiker gegenüber dem „Hamburger Abendblatt“. Anlass für Grotes Äußerungen war der Streit um den Bruch eines Kirchenasyls durch die Hamburger Polizei. Sie hatte am 30. September einen 29-jährigen Afghanan nach Schweden abgeschoben, der sich seit August im Kirchenasyl in der katholischen Pfarrei Heilige Elisabeth in Hamburg-Bergedorf befand. Die Bischöfin im Sprengel Hamburg und Lübeck der Nordkirche, Kirsten Fehrs, und der katholische Hamburger Erzbischof Stefan Heße übten daraufhin [Kritik](#) am Vorgehen der Polizei. Sie forderten, die Behörden müssten Kirchenasyle respektieren. Dazu sagte Grote, die Kirchen stünden nicht über dem Recht. Der Staat könne die Entscheidung über das Bleiberecht eines Ausländers nicht anderen Institutionen überlassen.

Problematische Haltung der Kirchen

Der Innensenator erinnerte an die Vereinbarung zwischen den Kirchen und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) aus dem Jahr 2015. Danach können die Kirchen auch abgelehnten Asylbewerbern zunächst Kirchenasyl gewähren und dem BAMF ein „Härtefallossier“ vorlegen. Die Behörde prüft den Fall dann erneut. Wenn sie den Antrag auf ein Bleiberecht jedoch ablehnt, muss das Kirchenasyl beendet werden. Dieser „letzte Teil“ werde von den Kirchen, „gerne vergessen“, sagte Grote. Das Kirchenasyl werde in den meisten Fällen auch nach einem ablehnenden Bescheid nicht beendet. Weiter erklärte der Politiker, es gebe eine problematische Haltung der Kirchen, „wonach die Gesetze und der Rechtsstaat ja schön und gut seien“, aber nur die Kirchen die Schutzwürdigkeit eines Flüchtlings wirklich beurteilen könnten. „Wenn die Rechtslage eigentlich schon klar ist und dennoch das besondere Privileg eingeräumt wird, dass der Fall noch einmal unter Härtefallgesichtspunkten geprüft wird, kann die Kirche bei einem negativen Ergebnis nicht am Ende sagen: Euer Rechtsstaat interessiert uns nicht, wer in Deutschland bleibt, entscheiden wir.“

Praktisch ausschließlich „Dublin-Fälle“

Nach Grotes Angaben befinden sich in Hamburg derzeit 26 Flüchtlinge im Kirchenasyl. Dabei handele es sich praktisch ausschließlich um sogenannte „Dublin-Fälle“, in denen die Betroffenen in ein anderes europäisches Land überstellt werden sollen. Gemäß dem Dublin-Übereinkommen aus den 1990er-Jahren müssen Flüchtlinge in dem Land einen Asylantrag stellen, das sie in der EU zuerst betreten haben. „Wenn es wirklich um die individuelle Härte einzelner Fälle geht, würde es ja naheliegen, diejenigen ins Kirchenasyl zu nehmen, bei denen eine unmittelbare Rückführung ins Herkunftsland droht. Da wäre dann möglicherweise auch die Erfolgsquote beim BAMF höher als bei Dublin-Überstellungen“, so Grote.

Deutschland: Urteil für Brandstiftung ist rechtskräftig

Großröhrsdorf: Bundesgerichtshof - Der Täter muss für neun Jahre ins Gefängnis

Leipzig (IDEA) – Der Bundesgerichtshof in Leipzig hat das Urteil gegen den Brandstifter bestätigt, der das Feuer in der [evangelischen Stadtkirche](#) im sächsischen Großröhrsdorf gelegt hatte. Er muss für neun Jahre hinter Gitter. Das geht aus einer Pressemitteilung des Bundesgerichtshofs hervor. Der Täter hatte im August 2023 ein Fenster der Barockkirche eingeschlagen, Benzin verschüttet und es angezündet. Die Kirche brannte bis auf die Grundmauern nieder. Das Bauwerk war in den Jahren 2012 bis 2018 mit Fördermitteln aufwendig saniert worden. Durch den Brand entstand ein Sachschaden von rund 35 Millionen Euro. Das Motiv des Täters sei „erheblicher Hass auf die örtliche Kirchengemeinde, insbesondere auf den Pfarrer gewesen“, heißt es in der Pressemitteilung. Das Landgericht Bautzen hatte den Mann wegen schwerer Brandstiftung [verurteilt](#). Dabei berücksichtigten die Richter strafmildernd, dass er sich in einer finanziellen und familiären Zwangslage befunden hatte und nicht vorbestraft war. Der Bundesgerichtshof verwarf jetzt die Revision des Angeklagten. Das Urteil ist damit rechtskräftig. Die Kirche soll [wiederaufgebaut](#) werden. Bisher sind dafür rund 517.000 Euro an Spenden eingegangen.

DR Kongo: 18 Christen ermordet

IIRF-D/BA/Tübingen/24.10.24 - Islamistische Terroristen haben am 3. Oktober bei getrennten Angriffen in Ituri, im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo 18 Christen getötet.

[Bei einem Vorfall](#) im Dorf Anditongo im Gebiet Mambasa enthaupteten Kämpfer der Provinz Zentralafrika des Islamischen Staates (ISCAP, auch bekannt als Allied Democratic Forces) 15 Menschen.

Die Terroristen verkündeten in den sozialen Medien: „Soldaten des Kalifats haben 15 Christen gefangen genommen ... und sie abgeschlachtet, und Lob sei Gott.“

[Drei weitere wurden getötet](#) und Häuser im Dorf Ofaye Otto Maber im Gebiet Irumu niedergebrannt am selben Tag.

ISCAP ist in den letzten Monaten für den Tod von mehr als 100 Christen verantwortlich.

[Mindestens zehn Menschen starben](#) in den letzten Septembertagen in Ituri und der Nachbarprovinz Nord-Kivu durch Islamisten. Zuvor waren im Juli und August [mehr als 90 Menschen](#) im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo getötet worden.

ISCAP hat seit 2017 mehr als 5.500 Christen im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo getötet.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/another-18-christians-killed-in-north-eastern-d-r-congo/>

Großbritannien: Lebensrechtler zu Geldstrafe verurteilt

Adam Smith-Connor hatte in der Nähe einer Abtreibungsklinik gebetet

Dorset (IDEA) – Ein britisches Gericht hat einen Familienvater zu einer Geldstrafe von umgerechnet rund 11.000 Euro verurteilt, weil er in der Pufferzone einer Abtreibungsklinik gebetet hat. Das berichtet die christliche Menschenrechtsorganisation ADF International. Es handelt sich dabei um den 49-jährigen Adam Smith-Connor. Er betete im November 2022 in der Stadt Bournemouth für seinen abgetriebenen Sohn, schweigend mit dem Rücken zu einer Abtreibungsklinik. Beamte der kommunalen Sicherheitsbehörde wurden auf ihn aufmerksam. Sie sprachen ihn an und machten ihn auf sein Vergehen aufmerksam. Zum [Hintergrund](#): Seit 2022 sind in der Grafschaft Dorset, zu der Bournemouth gehört, jegliche Beeinflussungen von Schwangeren vor Abtreibungsdiensten verboten. Auch stille Gebete fallen darunter. „Wir können kaum noch tiefer sinken in unserer Vernachlässigung grundlegender Freiheiten wie der Rede- und Gedankenfreiheit“, sagte der Anwalt von Smith-Connor, Jeremiah Igunnubole. Er kündigte an, das Urteil genau zu prüfen und gegebenenfalls Berufung einzulegen. Die Menschenrechte gelten für alle Menschen – unabhängig von ihrer Meinung zur Abtreibung, so der Jurist.

Indonesien: 2 Verhaftungen wegen Blasphemie

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/24.10.24 – Zwei Christen wurden wegen Gotteslästerung-Vorwürfe verhaftet:

1) Rudi Simamora

Die Polizei verhaftete am 17. Oktober einen Christen wegen Kommentaren, die er in den sozialen Medien über den Islam abgegeben hatte und die laut lokalen Berichten Hunderte wütender Muslime dazu veranlasst hatten, sein Haus zu belagern.

Der muslimische Mob umstellte das Haus des Floristen Rudi Simamora in Sunggal, in der Nähe der Stadt Medan, im Distrikt Deli Serdang in der Provinz Nord-Sumatra, mehr als eine Stunde lang, berichteten lokale Medien. Rudi hatte auf seinem TikTok-Konto erklärt, dass die Botschaften von Mohammed, dem Propheten des Islam, eher menschlichen als göttlichen Ursprungs seien, und einige Bewohner sagten, er habe behauptet, der Allah des Korans sei rassistisch, so TVOne.com.

Während der Belagerung durch den Mob hatte Rudi über seinen TikTok-Account um Hilfe der Polizei gebeten, wie TribunMedan TV berichtete.

„Polizei, bitte helft mir“, sagte er in einer Live-Übertragung. „Bitte helft mir, ihr Polizisten, die ihr die Übertragung seht. Freunde, bitte wendet euch zuerst an die Polizei, wer auch immer die Polizei in Medan City ist.“

Rudi war 2022 wegen angeblicher Beleidigung des Islam verhaftet worden, wie Tribun.com, das dem indonesischen Medienkonzern Kompas gehört, berichtet. Er wurde am 23. Februar 2023 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und Anfang dieses Jahres freigelassen.

Der Pfarrer Erwin Tambunan, Vorsitzender der Medan Regional Indonesian Churches Association (*Persatuan Gereja Indonesia Daerah*, PGID), hatte sich bei der muslimischen Gemeinschaft für Rudis Äußerungen aus dem Jahr 2022 entschuldigt und erklärt, dass Christen alle rechtlichen Schritte gegen solche Täter unterstützen.

2) Muchtar Nababan

In der Küstenstadt Sibolga, etwa 340 Kilometer von Medan, der Hauptstadt der Provinz Nordsumatra, entfernt, wurde Muchtar Nababan, ein ehemaliger Stadtrat von Sibolga, am 3. September verhaftet, weil er angeblich auf seinem Facebook-Account Blasphemie gegen Mohammed und den Islam begangen hatte.

Muchtar soll auf Facebook geschrieben haben, dass Christen vor der schwarzen Magie der Muslime geschützt seien.

Die Verhaftung erfolgte, nachdem Raju Firmanda, Sekretär des Nationalen Komitees der indonesischen Jugend (*Komite Nasional Pemuda Indonesia*, KNPI) der Sektion Zentral-Tapanuli, Anzeige gegen Muchtar erstattet hatte. Laut Bisik.id demonstrierten Muslime aus der Region vor dem Polizeipräsidium von Sibolga gegen Muchtar.

„Ich bin sehr enttäuscht über das Verhalten eines ehemaligen Mitglieds des Stadtrats von Sibolga, das etwas geschrieben hat, das meiner Meinung nach den Islam beleidigt hat“, soll Raju gesagt haben. „Wir sind uns auch einig, dass es nicht zulässig ist, eine Religion zu lästern. Deshalb sollten wir diesen Strafverfolgungsprozess bis zu seinem Abschluss überwachen.“

Innerhalb von zehn Tagen nach einer Anzeige wegen Muchtars Äußerungen wurde er von Polizeibeamten festgenommen, sagte der Polizeisprecher von Sibolga, Iptu Suyatno, gegenüber detikcom.

Laut dem Joshua Project machen Muslime 83,3 Prozent der indonesischen Bevölkerung aus, während sich 11,43 Prozent als Christen identifizieren, wobei die evangelische Bevölkerung auf 3,23 Prozent geschätzt wird.

<https://morningstarnews.org/2024/10/christian-arrested-on-blasphemy-charge-in-indonesia/>

Indonesien: Vielfältige Regionen

Obwohl Indonesien das größte muslimische Land der Welt ist, wächst die Kirche an vielen Orten stark und sendet sogar internationale Missionare aus. Dies gilt insbesondere für die Hauptinsel Java. An anderen Orten, wie in Aceh auf der Insel Sumatra, gibt es jedoch heftige antichristliche Aktivitäten, was bedeutet, dass die Christen vorsichtig sind, ihren Glauben offen zu teilen.

Bridgeway Publications: 15. October 2024/ Barnabas Aid /übersetzt und bearbeitet AKREF

Iran: Drei Konvertiten festgenommen

Freunde der inhaftierten christlichen Konvertiten Jahangir Alikhani, Hamed Malamiri und Gholam Eshagh, die kürzlich von Agenten der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) erneut verhaftet wurden, bitten um Gebet.

Die drei gehörten zu den 20 Christen, die zunächst in Nowshahr und Chalus bei einer koordinierten Razzia über Weihnachten 2023 festgenommen und später wieder freigelassen wurden.

IIRF-D/MEC/Tübingen/22.10.24 - Laut Artikel 18 des iranischen Verteidigers christliche Rechte wurden 14 der damals verhafteten Christen, darunter Jahangir, Hamed und Gholam, am 27. August 2024 in die 1. Abteilung der Staatsanwaltschaft des Allgemeinen und Revolutionären Gerichts von Nowshahr vorgeladen, um sich wegen "Kollaboration mit feindlichen ausländischen Ländern gegen die Islamische Republik Iran" und "Propaganda gegen die Islamische Republik Iran und Beleidigung der Religion des Islam und seiner Heiligtümer durch die Presse zu verantworten."

Am 23. und 24. September wurden Jahangir, Hamed und Gholam von Geheimdienstagenten des IRGC erneut in ihren Häusern verhaftet. Es wird angenommen, dass sie nach Sari, der Provinzhauptstadt, gebracht wurden, aber ihre Familien haben seit ihrer Festnahme nichts mehr von ihnen gehört, und ihnen wurde der Zugang zu einem Anwalt verweigert.

Bitte beten Sie, dass:

- Gott die Bekehrten und ihre Familien stärkt und ermutigt,
- die Männer ihre Lieben anrufen können, um sie zu beruhigen,
- diese und die anderen Christen, die letztes Jahr zu Weihnachten verhaftet wurden, freigesprochen werden, und die iranischen Behörden die Verfolgung von Religionsgemeinschaften wegen des friedlichen Ausdrucks ihres Glaubens einstellen.

Quelle: Sie können auf der Website von MEC auf dieses Gebetsanliegen zugreifen, indem Sie [hier klicken](#).

Israel: Jerusalem-Marsch

Christen beten vor der Knesset für Israel

(Die aktuellen Israelnetz-Newsletter . Von Elisabeth Hausen) Beim Jerusalem-Marsch und vor der Knesset bekunden Christen aus vielen Ländern Solidarität mit Israel.

JERUSALEM (inn) – Christen aus aller Welt haben am Montag am Jerusalem-Marsch teilgenommen und damit ihre Liebe zum jüdischen Staat bekundet. Dies stieß bei vielen Israelis auf positive Resonanz. Dass die Christen in dieser Zeit des Krieges nach Israel kommen, tat ihnen sichtlich gut. Vor der Knesset versammelten sich die Teilnehmer zum Gebet.

Den Marsch organisiert die Stadt Jerusalem jedes Jahr während des Laubhüttenfestes Sukkot. Dabei präsentieren sich Armee, Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste und andere Organisationen. Die Internationale Christliche Botschaft Jerusalem beteiligt sich mit Teilnehmern der jährlichen Sukkot-Konferenz.

Christen verteilten ihre nationalen Flaggen an israelische Kinder und riefen „We love you!“ (Wir lieben euch). Ein Jude mit Kippa sagte: „Thank you“ (danke). Besonders gerührt waren die Israelis von der Teilnahme einer iranischen Christin, die in den USA lebt. Mehrere ließen sich mit ihr und dem Banner fotografieren, auf dem die Flagge des Iran zu sehen ist.

Die ICEJ hatte die Teilnehmer aufgerufen, in Nationaltracht zu erscheinen. Dem leisteten Christen unter anderem aus mehreren afrikanischen Ländern und aus der indonesischen Provinz West-Papua Folge. Ein Schweizer hatte Kuhglocken mitgebracht.

Der Marsch der Christen führte vom Sacher-Park zum Gelände des israelischen Parlamentes. Bei der großen Menora vor der Knesset riefen sie Premierminister Benjamin Netanjahu (Likud) einen Glückwunsch zu, er wurde am Montag 75 Jahre alt. Sie beteten um Segen und Frieden für Israel sowie um Weisheit für die Entscheidungen der Politiker.

Unter die Christen mischte sich der frühere Likud-Abgeordnete [Jehuda Glick](#). Er dankte ihnen für die Solidarität in schweren Zeiten und betete für sie.

Solidaritätskundgebung in der Altstadt

Bereits am Sonntagabend hatte die ICEJ in der Davidszitadelle am Rande der Altstadt eine Solidaritätskundgebung veranstaltet. Sie sollte eine Antwort sein auf Hass, Brutalität und das Böse, das sich am 7. Oktober 2023 bei dem Massaker der Hamas gezeigt hatte. Zum Auftakt gab es ein Gebet für Israel und die baldige Rückkehr der Geiseln aus dem Gazastreifen.

Auch in der Davidszitadelle präsentierten sich Christen aus vielen Nationen

Staatspräsident Jizchak Herzog dankte den Christen in einer Videobotschaft für die Unterstützung in dieser für Israel so dunklen Zeit. Der frühere Jerusalemer Bürgermeister und heutige Wirtschaftsminister Nir Barkat (Likud) begrüßte die Teilnehmer aus aller Welt im Namen der israelischen Regierung. Er erinnerte an den Angriff aus dem Iran mit fast 200 ballistischen Raketen Anfang Oktober, um die Lage zu verdeutlichen.

„Feinde unterschätzen Israel“

Zum Hisbollah-Angriff auf Netanjahus Haus in Caesarea am Samstag sagte er: „Sie hätten keinen größeren Fehler machen können.“ Die Feinde unterschätzten das jüdische Volk und Israel. Er höre immer wieder von Familien gefallener Soldaten: „Hört nicht auf. Wir müssen und werden diesen Krieg gewinnen.“ Israel müsse sicherstellen, dass der Iran und der größte Terrorfinanzierer der Welt, Katar, einen Preis bezahlten.

Barkat sprach sich für eine Auflösung der Hamas und der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) aus. Denn beide hätten die gleiche israelfeindliche Charta. Die PA zahle immense Geldsummen für Terroristen, die wegen Mordes an Israelis im Gefängnis säßen. Den Christen dankte er für die physische Unterstützung durch ihre Anwesenheit in Israel, aber auch für den spirituellen Beistand.

Trauernde Israelis singen „Hallelujah“

Ein Chor der israelischen Organisation „Or LaMischpachot“ (Licht für die Familien) gestaltete die Veranstaltung mit. Jeder der Sänger hat im aktuellen Krieg mindestens einen Angehörigen verloren. Die Organisation versuche, Trauernde vom Friedhof ins Leben zurückzuholen, sagte die Gründerin Irit Oren Gunders. „Wir entscheiden uns für das Leben.“

Der Marsch der Christen führte vom Sacher-Park zum Gelände des israelischen Parlamentes. Bei der großen Menora vor der Knesset riefen sie Premierminister Benjamin Netanjahu (Likud) einen Glückwunsch zu, er wurde am Montag 75 Jahre alt. Sie beteten um Segen und Frieden für Israel sowie um Weisheit für die Entscheidungen der Politiker.

Italien: Leihmutterschaft verboten

Ein überfälliger Schritt

(IDEA) In Italien hat das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das die Nutzung von Leihmutterschaften auch im Ausland verbietet. Dazu ein Kommentar der Publizistin und Buchautorin **Birgit Kelle**. Sie schrieb u. a. das Buch „Ich kauf mir ein Kind: Das unwürdige Geschäft mit der Leihmutterschaft“.

Ein Kind ist keine Ware, eine Frau kein Brutkasten – Italien hat diese Selbstverständlichkeiten wieder auf die Füße gestellt und mit einem neuen Gesetz den Leihmutterschafts-Tourismus der Italiener ins Ausland unter Strafe gestellt. Damit ist die sogenannte „Leihmutterschaft“ ab sofort nicht nur im Inland, sondern im Zuge eines Universalverbots für Italiener auch im Ausland verboten. Wer das Verbot im Ausland umgeht, kann mit den dort gekauften Kindern nicht mehr nach Italien einreisen, ohne Strafen oder gar den Kindesentzug zu riskieren. Die Regierung von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni schließt damit jene Rechtslücke, die in zahlreichen Ländern – auch in Deutschland – schon lange existiert. Auch auf deutschem Boden ist Leihmutterschaft zwar verboten. Nicht aber, diese Dienstleistung im Ausland in Anspruch zu nehmen, um dann mit den frisch geborenen Kindern bei deutschen Botschaften im Ausland und auf deutschen Standesämtern vorstellig zu werden.

Beide Augen werden zugedrückt

Schlimmer noch: Das Auswärtige Amt gibt auf zahlreichen Internetseiten Hinweise an die Reproduktionstouristen, wie man verfahren muss, um für so ein Kind im Ausland legale Papiere zu bekommen. Eine reichlich inkonsequente Rechtspraxis, die auf der einen Seite ethische Maßstäbe betont und auf der anderen Seite beide Augen zudrückt. Fakten, besser gesagt Kinder, schaffen lohnt sich, denn ist das Kind erst einmal da, bestätigen im Zweifel auch deutsche Gerichte die Elternschaft der Besteller, schließlich hat das arme Ding ja jetzt nur noch diese, weil der „Brutkasten“ und die Eizellspenderin anonym in einem fernen Land oder gar auf einem anderen Kontinent leben. Im Sinne des „Kindeswohls“ werden dem Kind also auch von deutschen Ämtern neue Eltern amtlich bestätigt und damit sein Verkauf nachträglich moralisch gesäubert.

Es geht nicht um Diskriminierung

In Deutschland sorgen sich nun zahlreiche Medien, wie etwa der Spiegel, dass durch die Regierung Meloni „unfruchtbare und homosexuelle Paare keine Kinder mehr bekommen können“ und stilisieren die Entscheidung zu einem Diskriminierungsfall für Homosexuelle und Unfruchtbare hoch. So, als würde nicht etwa die Natur, sondern eine Regierung verhindern, dass sich zwei Männer miteinander fortpflanzen können.

Kinderwunschemesse erneut in Köln zu Gast

Völlig ungestört von deutschen Staatsanwaltschaften findet nun an diesem Wochenende wiederholt in Köln die sogenannte Kinderwunschemesse „Wish For A Baby“ statt. Dort bieten Leihmutterschafts-Agenturen aus der ganzen Welt deutschen Kunden wie auf einer ganz normalen Verkaufsmesse ihre Dienste an. Vor einem Jahr war ich dort als vermeintlich Kinderlose testweise „einkaufen“. Das billigste Kind ohne jegliche genetische Verwandtschaft zu mir hätte ich für 36.000 Euro haben können, vermittelt über eine Agentur aus der Ukraine, mit einer Eizellspende aus Spanien, einer anonymen Samenzellspende aus Dänemark, ausgetragen von einer Bulgarin oder Georgierin, geboren auf Zypern und dann dank korrupter Behörden ausgestattet mit legalen Papieren. Man kann Italien nur dankbar sein, dass es diesem unwürdigen Treiben, das in Deutschland geduldet wird, endlich Einhalt gebietet.

Kamerun: Gerüchte über den Gesundheitszustand des Präsidenten Biya

Er kehrt nach sieben Wochen in das Land zurück

Yaoundé (Fides) – Die Gerüchte um den Gesundheitszustand des kamerunischen Präsidenten, des 91-jährigen Paul Biya, scheinen gestern, am 21. Oktober, dementiert worden zu sein, als das Staatsoberhaupt nach einem siebenwöchigen Aufenthalt in Genf in sein Land zurückkehrte. Tausende von Anhängern empfingen ihn am Flughafen und entlang der Straße zum Präsidentenpalast. Biya gab zwar keine Erklärungen ab, aber das staatliche Fernsehen zeigte Bilder von seiner Ankunft am Flughafen, als er die Würdenträger begrüßte, die gekommen waren, um ihn am Fuß der Gangway zu empfangen, mit seiner Frau Chantal an seiner Seite. Jubelnde Menschen in Kleidern mit dem Konterfei des Präsidenten begrüßten das Staatsoberhaupt bei seiner Ankunft am Flughafen mit Gesängen, die von Trommeln begleitet wurden. Biya hatte sich seit Anfang September nicht mehr in der Öffentlichkeit gezeigt, was Gerüchte über seinen Gesundheitszustand schürte, so dass die Regierung die Verbreitung von Nachrichten darüber untersagt hatte. Zu einem interreligiösen Gebet für die Gesundheit des Präsidenten hatte das Kollektiv der ehemaligen Studenten der katholischen Seminare Kameruns (CASEMCA) eingeladen. (L.M.) (Fides 22/10/2024)

Kongo: Terroristen ermorden 18 Christen im Nordosten des Landes

Der „Islamische Staat Zentralafrikanische Provinz“ hat sich dazu bekannt

Kinshasa (IDEA) – Radikalislamische Terroristen haben 18 Christen im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo (DRK) ermordet. Das berichtet die christliche Hilfsorganisation Barnabas Aid (Swindon/England). Demnach habe sich die Terrormiliz „Islamischer Staat Zentralafrikanische Provinz“ (auch als Allied Democratic Forces/Alliierte Demokratische Kräfte bekannt) zu den Taten bekannt. Die Angriffe sollen sich schon Anfang Oktober zugetragen haben. Kämpfer der Terrormiliz hätten 15 Menschen im Dorf Anditongo im Mambasa-Territorium (Provinz Ituri) enthauptet. Laut Barnabas Aid brüsteten sich die Terroristen auf X (ehemals Twitter) mit ihren Taten: „Soldaten des Kalifats haben 15 Christen gefangen genommen ... und sie durch Schlachtung getötet, Gott sei gelobt.“ Am selben Tag hätten Terroristen in dem Dorf Ofaye Otto Maber im Irumu-Territorium drei weitere Christen getötet und mehrere Häuser niedergebrannt. Die Terrormiliz ist nach Angaben von Barnabas Aid in den letzten Monaten für den Tod von mehr als 100 Christen verantwortlich. So seien Ende September in Ituri und der südlichen Nachbarprovinz Nord-Kivu mindestens zehn Christen durch die Hand von Islamisten getötet worden. Zuvor seien im Juli und August mehr als 90 Christen im Nordosten des Landes ums Leben gekommen. Die Kämpfer der „Allied Democratic Forces“ hätten seit 2017 insgesamt mehr als 5.500 Christen im Nordosten der DRK getötet. Die Terrormiliz hatte sich 2019 offiziell dem „Islamischen Staat“ (IS) angeschlossen. Das Land hat rund 110 Millionen Einwohner. Etwa 95 Prozent der Bevölkerung sind Christen. Die übrigen Einwohner gehören zu ethno-religiösen Gruppen oder sind Muslime.

Mexiko: Indigener Priester und Menschenrechtler ermordet

Im Bundesstaat Chiapas

San Cristóbal de Las Casas (Fides) - Die Nachricht über die Ermordung eines indigenen Priesters der Volksgruppe der Tsotsil, der im Viertel Cuxtitali in San Cristóbal de las Casas (im Bundesstaat Chiapas) als Gemeindepfarrer tätig war, ist erst wenige Stunden alt. Der Überfall auf Pfarrer Marcelo Pérez Pérez, so der Name des Opfers, ereignete sich auf dem Rückweg von der Pfarrei „Nuestra Señora de Guadalupe“ in San Cristóbal de las Casas, wo er die Messe gefeiert hatte. Den laufenden Ermittlungen zufolge näherten sich zwei bewaffnete Männer auf Motorrädern dem Auto, in dem Pater Marcelo saß, und erschossen ihn am Sonntagmorgen, den 20. Oktober.

Der Priester war bekannt für seinen Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden in den indigenen Gemeinden der Region und als Vermittler bei Konflikten in Gebieten wie Pantelhó, wo Gewalt und Unsicherheit erheblich zugenommen haben und bewaffnete Gruppen seit langem um die Kontrolle über das Gebiet kämpfen, und hatte im Laufe der Jahre eine Reihe von Morddrohungen erhalten, auch wegen seiner Aktionen und Anprangerungen der Aktionen bewaffneter Gruppen in der Region.

Wegen der ständigen Drohungen hatte die Diözese San Cristóbal de las Casas beschlossen, ihn von der Gemeinde Simojovel in die Gemeinde Nuestra Señora de Guadalupe zu versetzen. „Chiapas ist eine Zeitbombe, es werden viele Menschen vermisst, entführt und vom organisierten Verbrechen umgebracht“, sagte er in einem Interview am vergangenen 13. September während einer Friedenskundgebung, an der Gemeindeglieder aus den drei Diözesen von Chiapas teilnahmen. Im August 2024 hatte er bekräftigt, dass man in Simojovel ein Kopfgeld von einer Million Pesos (knapp 50.000 Euro) auf sein Leben ausgesetzt habe, dass er aber unter dem Schutz Gottes seinen Friedensprozess fortsetzen werde. „Ich habe ein göttliches Mandat“, erklärte er am 2. August 2024 gegenüber der Zeitung „El Sol de México“.

Der Sohn bäuerlicher Eltern wurde in der Gemeinde Chichelalhó, in San Andrés Larráinzar (Chiapas) geboren. Er besuchte das Priesterseminar, wurde am 6. April 2002 zum Priester geweiht und begann seine kirchliche Arbeit als Gemeindepfarrer in Chenalhó, wo er Kontakt zu den Überlebenden des Massakers von Acteal im Jahr 1997 hatte. Er war jahrzehntlang als Menschenrechtsaktivist tätig und lebte mehr als 10 Jahre lang in Simojovel. Er koordinierte die Sozialpastoral der Provinz Chiapas, zu der die Diözesen der Gemeinden San Cristóbal de Las Casas, Tapachula und Tuxtla Gutiérrez gehören, und unterstützte indigene religiöse Organisationen und Gruppen, leitete Wallfahrten und brachte Aktivitäten zu Gesundheit, Armut und Gewalt in Simojovel auf den Weg. Nachdem er als Priester 10 Jahre lang Gemeindepfarrer in Chenalhó, 10 Jahre lang in Simojovel war, war er nun seit mehr als zwei Jahren für die Pfarrei Unsere Liebe Frau von Guadalupe verantwortlich.

Im Jahr 2010 wurde mit dem „Per Anger 2020“-Preis ausgezeichnet, der an Personen und Organisationen verliehen wird, die sich für Menschenrechte und Demokratie einsetzen.

Unterdessen brachte der emeritierter Bischof von San Cristóbal de las Casas, Kardinal Felipe Arizmendi Esquivel, seine tiefe Trauer zum Ausdruck und erinnerte daran, dass Pfarrer Marcelo einer der ersten indigenen Priester aus der Volksgruppe der Tsotsile war, die er weihte. „Er hat sich immer für Gerechtigkeit und Frieden unter den indigenen Völkern eingesetzt, vor allem in Simojovel, und die Opfer der internen Gewalt in Pantelhó begleitet“, sagte Kardinal Esquivel. Dem Kardinal zufolge hat sich der Priester nie parteipolitisch engagiert, sondern sich stets für Respekt und Gerechtigkeit zwischen den Gemeinschaften eingesetzt: „Er hat dafür gekämpft, dass die Werte des Reiches Gottes in den Gemeinschaften lebendig werden. Die Werte von Wahrheit und Leben, Heiligkeit und Gnade, Gerechtigkeit, Liebe und Frieden“.

„Pfarrer Marcelo Pérez war ein lebendiges Beispiel für priesterliches Engagement für die Bedürftigsten und Schwächsten der Gesellschaft. Sein seelsorgerisches Wirken, das sich durch seine Nähe zu den Menschen und seine ständige Unterstützung für die Bedürftigsten auszeichnete, hinterlässt ein Vermächtnis der Liebe und des Dienstes, das in den Herzen all derer bleiben wird, die er durch seinen Dienst berührt hat“, so die Mexikanische Bischofskonferenz in einem Kommuniqué zum gewaltsamen Tod des Priesters, das von ihrem Präsidenten Rogelio Cabrera López und ihrem Generalsekretär Ramón Castro Castro unterzeichnet wurde.

„Die Ermordung von Pater Marcelo beraubt die Gemeinde nicht nur eines Seelsorgers, der sich für sein Volk eingesetzt hat, sondern bringt auch eine prophetische Stimme zum Schweigen, die unermüdlich für Frieden, Wahrheit und Gerechtigkeit in der Region Chiapas gekämpft hat. Marcelo Pérez war ein lebendiges Beispiel für priesterliches Engagement für die Bedürftigsten und Schwächsten der Gesellschaft“, so die Bischofskonferenz. Die Bischöfe fordern die Behörden auf, „eine umfassende und transparente Untersuchung durchzuführen, um dieses Verbrechen aufzuklären und Pater Marcelo Pérez Gerechtigkeit widerfahren zu lassen“, „wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit von Priestern und pastoralen Mitarbeitern zu gewährleisten“ und „ihre Anstrengungen im Kampf gegen Gewalt und Straflosigkeit zu verdoppeln, die die Region Chiapas“ und das Land im Allgemeinen plagten.

Unterdessen untersucht die Staatsanwaltschaft des Bundesstaates Chiapas den Mord. Das mexikanische Sekretariat für Sicherheit und Schutz der Bürger übermittelte eine Botschaft der „Solidarität mit der katholischen Gemeinde und der Verpflichtung der mexikanischen Regierung, dass es keine Straflosigkeit geben wird“.
(AP) (Fides 21/10/2024)

Moldawien: Den Namen Christi bekannt machen

Vitalij und Christina P. (Leiter von LICHT IM OSTEN Moldawien) helfen ukrainischen Geflüchteten weiterhin mit materieller Unterstützung und der Verkündigung des Evangeliums, mit Bibeln und christlichen Zeitschriften. Die Veranstaltungen für Geflüchtete werden durchschnittlich von 100 Geflüchteten besucht. „Im Juli haben sich zwei Jugendliche aus der Ukraine taufen lassen.

☒ Wir danken Gott, dass wir Früchte dieses Dienstes sehen können.“

Außerdem arbeiten P mit jungen Ehepaaren und ermutigen sie, ihr Familienleben nach geistlichen Maßstäben auszurichten. Auch hier sind positive Auswirkungen zu sehen.

☒ **Bitte beten Sie** um Stärkung dieser Ehen und Familien.

„Ein weiterer Dienst, den Gott uns anvertraut hat, ist die Seelsorge. Vor einem halben Jahr kam Nastja zu uns, die auf Anraten ihres Hausarztes einen Psycho-logen suchte. Eine Freundin riet ihr, sich an uns zu wen-den. Nachdem wir Nastjas Geschichte gehört und er-fahren hatten, dass sie Antidepressiva nahm, begannen Christina und ich, für sie zu beten und uns einmal in der Woche mit ihr zu treffen ... Woche für Woche vertieften wir uns gemeinsam in die Heilige Schrift und beschäftigten uns mit ihren Fragen. Durch Gottes Gnade war sie drei Monate später frei und konnte die Antidepressiva absetzen [Anmerkung: Dies kann nicht auf alle depressivkranken Menschen übertragen werden!]. Die Arbeit mit den Seelen der Menschen braucht viel Zeit, aber sie ist sehr wichtig und wirksam. Vielen Dank für Ihre Gebete!“ **Bitte beten Sie**

☒ für die weitere Stabilisierung und Heilung für Nastja und für Marina, die aufgrund eines sehr schwierigen Familienhintergrundes psychische Probleme hat. „Wir treffen uns regelmäßig mit Marina und helfen ihr, mit ihren Gefühlen und ihrem geistlichen Zustand biblisch umzugehen. Gott

sei Dank, sehen wir, wie der Herr ihre Seele wiederherstellt. Es ist keine leichte Aufgabe, aber mit der Hilfe des Wortes Gottes und des Heiligen Geistes geschieht eine Veränderung in den Herzen von Menschen.“

Die Zeitschriftenverteilung geht weiter: „in Gemeinden, in öffentlichen Schulen, Bibliotheken, Gefängnissen. Bei verschiedenen Veranstaltungen: Evangelisationen, Kinderfreizeiten, Sommerspielplätzen. Die Verteilung in den Gefängnissen ist ein echter geistlicher Kampf. Manchmal nehmen die Häftlinge die geistliche Literatur gerne an, manchmal lehnen sie empört ab, manchmal werden sie sogar aggressiv und wehren sich vehement gegen die Wahrheit. Aber trotz aller Schwierigkeiten wird das Wort Gottes weiterhin in die Herzen von Gefangenen und Gefängnismitarbeitern gesät. In unserer Gemeinde gibt es ehemalige Gefangene, die sich im Gefängnis zum Herrn bekehrt haben.“

☒ Danken Sie mit uns für diesen Dienst und seine Früchte.

☒ Beten Sie bitte dafür, dass Gott in den Herzen vieler weiterer Häftlinge und Gefängnismitarbeiter Offenheit wirkt, geistliche Neugeburten schenkt sowie Erneuerung durch den Heiligen Geist!

P. freuen sich über ihre „Bibelstunde mit einer gemischten Gruppe von Gläubigen und Nichtgläubigen. Das ist eine einzigartige Gelegenheit, Christus kennenzulernen und Zeugnis zu geben von dem Wirken seiner mächtigen Hand in unserem Leben. Im Juli haben sich drei Personen aus unserer Bibelstudiengruppe taufen lassen, es war ein großes Familienfest für die ganze Gruppe.“

Bitte beten Sie

☒ für diese jung im Glauben stehenden Menschen, dass ihre Beziehung zu dem lebendigen Gott immer tiefer wird.

☒ „für unsere jährlich stattfindende Männerkonferenz am 26. Oktober, dass Gott an den Herzen der Männer wirkt“ und diese zu geistlichen Leitern und Vorbildern werden.

☒ für die weitere Verbreitung christlicher Literatur in gagausischer Sprache in der autonomen Republik Gagausien (die Bevölkerung ist ein Turkvolk).

☒ für die beiden Unterrichtsblöcke im Herbst in der Bibelschule für Frauen, wo Christina unterrichtet. Im Dezember soll die Abschlussfeier für 98 Studentinnen stattfinden. Bitte beten Sie dafür, dass die Frauen das Gelernte zum Segen für viele Menschen einsetzen werden.

☒ „dass Gott uns geistlich und körperlich stärkt und uns immer wieder den Mut gibt, das Evangelium zu predigen, die biblische Wahrheit zu verbreiten und den Namen Christi in Moldawien und darüber hinaus bekannt zu machen“

Mosambik: Ausschreitungen nach Mord an Oppositionsvertretern

Maputo (Fides) - „Wir fordern alle Beteiligten auf, Zurückhaltung zu üben, während die zuständigen Behörden ihre Untersuchungen durchführen“, so Samia Suluhu Hassan, Präsidentin Tansanias und Vorsitzende des Gremiums für Politik, Verteidigung und Sicherheitszusammenarbeit der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC), nach den gewaltsamen Zusammenstößen, die gestern, am 21. Oktober, in Maputo, der Hauptstadt Mosambiks, stattfanden. Nach der Ermordung von zwei Vertretern der Partei Podemos, Elvino Dias und Paulo Guambe, kam es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei. Die beiden Politiker wurden in einem Hinterhalt im Zentrum von Maputo von mehreren Männern in ihrem Auto erschossen. Elvino Dias war ein vom Podemos-Vorsitzenden Venancio Mondlane beauftragter Anwalt, der beim Verfassungsgericht eine Klage wegen angeblichen Wahlbetrugs bei der Präsidentschaftswahl am 9. Oktober eingereicht hatte. Die endgültigen Wahlergebnisse sollen diese Woche bekannt gegeben werden, aber es wurden bereits Hochrechnungen der Wahl veröffentlicht, nach denen die Partei Frelimo, die seit der Unabhängigkeit 1975 an der Macht ist, mit 65% der Stimmen (und 162 Abgeordneten) in Führung liegt und ihr Kandidat Daniel Chapo das Präsidentschaftsrennen gewonnen hat. Die große Überraschung war der zweite Platz von Podemos, die 43 Abgeordnetensitze im Einkammerparlament erhält und damit die historische Oppositionspartei Partei Renamo, auf den dritten Platz verwies, die nur 23 Abgeordnetensitze erhielt (in der vorherigen Legislaturperiode hatte sie 69). Die SADC stellt unterdessen in der Stellungnahme von Samia Suluhu Hassan fest, dass „die Wahlen friedlich verlaufen sind“. Sie fordert die tansanischen Behörden auf, „alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Tötung der beiden Podemos-Mitglieder zu untersuchen“.

Neben Maputo, wo die Geschäfte gestern geschlossen blieben, kam es auch in mehreren anderen Städten zu Zwischenfällen, insbesondere in Beira und Pemba, wo die Geschäfte ebenfalls geschlossen blieben.

(L.M.) (Fides 22/10/2024)

Myanmar: Nationale Menschenrechtskommission will im Bürgerkrieg vermitteln

Yangon (Fides) - „Der Prozess des Dialogs und der Vermittlung im Bürgerkonflikt in Myanmar, ist aus vielen Gründen wichtig und dringend: um die Grausamkeit der Armee gegen die Zivilbevölkerung zu stoppen, die jedem vor Augen steht; um es der Nation zu ermöglichen, ein soziales Leben mit Bildung, Gesundheit und Entwicklung wieder aufzunehmen, da sie sonst auf den Abgrund zusteuert“, sagt der Katholik Joseph Kung Za Hmung aus Yangon, Pädagoge und Gründer der ersten privaten katholischen Universität des Landes, der „St. Joseph University“ in Yangon, gegenüber Fides. Joseph Kung Za Hmung engagiert sich seit Jahren in der Öffentlichkeitsarbeit (mit der katholischen Nachrichtenportal 'Gloria news Journal') und in Programmen zur ländlichen Entwicklung und leitet seit 2004 die NRO „Community Agency for Rural Development“. Joseph Kung wurde nun als christlicher Vertreter in die „Myanmar National Human Rights Commission“ der birmanischen Regierung berufen (die Mitglieder werden gemäß der Verfassung von der derzeitigen Regierung ernannt), die die Rolle eines „unabhängigen Beobachters“ spielen soll, der die Menschenrechtslage im Land überwacht und Empfehlungen an die Exekutive ausspricht.

Im September hat die Militärjunta die elf Mitglieder der Kommission (mit einer fünfjährigen Amtszeit) neu ernannt und dabei Akademiker und Personen ausgewählt, die der Zivilgesellschaft und nicht dem Militär oder dem Regierungsapparat angehören. „Die Mitglieder der Kommission kommen aus der Gesellschaft, sie kennen die kämpfenden Volksverteidigungskräfte und haben Kontakte zu ihnen, so dass die Kommission heute eine Brückenfunktion übernehmen und ein Gremium sein kann, das dazu beitragen kann, einen Dialog- und Vermittlungsprozess einzuleiten. Die Öffnung eines Kanals ist heute für die gesamte Nation entscheidend. Auch mit der Junta muss ein Dialog geführt werden. Es gibt auch Vermittlungsversuche von außerhalb des Landes, zum Beispiel innerhalb der ASEAN (Vereinigung südostasiatischer Nationen) unter Beteiligung von Ländern wie Indonesien und Thailand“, so der Katholik.

Bei realistischer Betrachtung der Lage vor Ort stellt Kung fest, dass „alle einem Waffenstillstand zustimmen müssen, weil das ganze Land davon profitieren würde, in erster Linie die leidende Zivilbevölkerung und die Binnenvertriebenen, deren Zahl weiter zunimmt. Die Nation befindet sich in einem Zustand der Erschöpfung. Wenn die Volkskräfte an den Verhandlungstisch kommen, können sie ihre Forderung nach einer Zivilregierung bekräftigen. Die Volkskräfte und die ethnischen Milizen kontrollieren heute schätzungsweise 75 % des Landes, während das Zentrum und die großen Städte von der Armee verteidigt werden, die nach wie vor sehr stark ist und über schwere Waffen verfügt. Eine Dialog und die Suche nach einer gemeinsamen Basis liegt in jedermanns Interesse“, stellt er fest.

Der Aufruf zur Aufnahme eines Dialogs zwischen den Kriegsparteien kam auch von der letzten ASEAN-Tagung, auf der die Organisation einer Friedenskonferenz vorgeschlagen wurde. Der Vorsitzende der Föderation der Asiatischen Bischofskonferenzen und Erzbischof von Yangon, Kardinal Charles Maung Bo, der zurzeit anlässlich der Weltbischofssynode im Vatikan weilte, erinnerte an den dramatischen Konflikt in seinem Land und äußerte den herzlichen Wunsch, dass „ein Weg der Versöhnung gefunden wird“, wobei er „einen Dialogtisch für den Frieden“ forderte. Der Chef der Militärjunta von Myanmar, General Min Aung Hlaing, forderte unterdessen die ethnischen Rebellenmilizen zur Teilnahme an Friedensgesprächen auf und wiederholte diesen Aufruf am neunten Jahrestag der Unterzeichnung des nationalen Waffenstillstandsabkommens von 2015.

Die neu ernannte Nationale Menschenrechtskommission von Myanmar hatte in den letzten Tagen Gelegenheit, das Gefängnis in Yangon zu besuchen, in dem 12.000 Häftlinge untergebracht sind. Die Kommission untersuchte die Bedingungen und Bedürfnisse der Häftlinge und sprach Empfehlungen an die Regierung aus. Bemerkenswert ist die Situation der Rohingya-Häftlinge, von denen viele ihre Strafe bereits verbüßt haben, aber immer noch inhaftiert sind, weil sie nicht in ihre Heimat im vom Krieg zerrütteten burmesischen Bundesstaat Arakan zurückkehren können. Neben Gefangenen, die wegen gewöhnlicher Straftaten inhaftiert sind, befinden sich in dem Gefängnis auch politische Gefangene, die Gegner des Regimes sind. Die Kommission empfahl, politische Gefangene genauso zu behandeln wie andere Gefangene, und forderte, sie in die Amnestie- oder Strafmilderungsmaßnahmen einzubeziehen, die häufig an Nationalfeiertagen erlassen werden.

(PA) (Fides 23/10/2024)

Pakistan: Umstrittener islamischer Prediger

zu Gast bei der pakistanischen Regierung

Lahore (Fides) - „Es ist wirklich schockierend für uns, dass der umstrittene indische islamische Prediger Zakir Naik von der pakistanischen Regierung eingeladen wurde und in den wichtigsten pakistanischen Städten auftritt, um religiösen Hass zu säen“, so der Dominikanerpater Pater James Channan, der das „Peace Center“ in Lahore leitet, das zahlreiche Konferenzen, Dialogforen und interreligiöse Treffen veranstaltet, gegenüber der Fides. Pater Channan ist sehr besorgt über „die Verunglimpfungen, die gegenüber dem Christentum, dem Judentum und dem Hinduismus ausgesprochen werden und die sehr weh tun“. „Wir verstehen nicht, warum Naik so viel Raum gegeben wird: Er hat auch in der königlichen Moschee in Lahore gepredigt, vor 150.000 Menschen und Hunderttausenden von muslimischen Gläubigen, die über das Internet verbunden sind, und dabei verschiedene Religionen beleidigt und lächerlich gemacht, was sogar unter Schiiten und Ahmadis für Unmut gesorgt hat“. „Seine Worte führen zu religiösen Spannungen und Polarisierungen in Pakistan, die in Gewalt umschlagen können“, warnt der Dominikanerpater und stellt fest, dass, Naiks Predigten „für Besorgnis unter Christen, Hindus und Sikhs gesorgt haben“. „Er hat Worte der Verachtung gegenüber der Dreifaltigkeit, Jesus Christus, der Bibel, der Thora und den heiligen Texten der Hindus geäußert... Wir sind sehr verbittert, weil diese Interventionen die konstante Arbeit des Dialogs und der friedlichen Beziehungen, die wir in Pakistan geduldig aufgebaut haben, zerstören“, bedauert Pater Channan.

Führende Vertreter verschiedener Religionsgemeinschaften verurteilten die Hassreden und abfälligen Äußerungen von Zakir Naik und brachten ihre tiefe Besorgnis und Enttäuschung zum Ausdruck: „Seine Anwesenheit schadet den Bemühungen zur Förderung der Harmonie und des interreligiösen Zusammenlebens. Die pakistanische Regierung hat die Aufgabe, Hass und Gewalt zu verhindern und die Sicherheit und den Schutz von Minderheitengemeinschaften zu gewährleisten. Das Ministerium für Harmonie sollte Toleranz, Verständnis und Respekt zwischen den verschiedenen Glaubensgemeinschaften fördern. Wir glauben, dass der Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Religionen für den Aufbau einer friedlichen und harmonischen Gesellschaft unerlässlich sind. Daher ist die Einladung eines umstrittenen Führers ein unklarer Schritt“, so der Geistliche. Zakir Naik ist für seine sektiererischen Predigten bekannt und seine Auftritte wurden bereits aus Ländern wie Indien, Sri Lanka, Bangladesch und dem Vereinigten Königreich verboten. „Warum also nicht den Imam der Kaaba in Mekka einladen, der immer eine Botschaft des Friedens und der Toleranz verkündet?“, fragt sich Pater Channan und verweist auf die tiefe Enttäuschung vieler sunnitischer muslimischer Gläubiger und religiöser Führer, die Zakir Naiks Ansatz ebenfalls nicht schätzen.

Unterdessen boykottierten führende Vertreter von Christen, Hindus und Sikhs eine interreligiöse Konferenz, die das Ministerium für Harmonie in den letzten Tagen in Lahore veranstaltet hatte. „Wir wollten ein Zeichen setzen. Staat und Religionen müssen gemeinsam Dialog und Frieden fördern und nicht Hass säen. Wir sind und werden immer bereit sein, mit gutem Willen zusammenzuarbeiten und unseren Beitrag zu Dialog, Respekt, Toleranz, Frieden und Harmonie zu leisten“, so der Ordensmann abschließend.

(PA) (Fides 18/10/2024)

Pakistan: Zwei Christinnen von Blasphemieanklage freigesprochen

Den Schwestern wurde vorgeworfen, den Koran geschändet zu haben

Islamabad (IDEA) – Ein Gericht in der pakistanischen Provinz Punjab hat zwei Schwestern – beide Christen – von der Anklage der „Blasphemie“ gegen den Islam freigesprochen. Das berichtete die Nachrichtenagentur Worthy News unter Berufung auf die christliche Hilfsorganisation Barnabas Aid. Genannt wurden aus Sicherheitsgründen nur die Vornamen der beiden Frauen: Sonia und Saima. Die beiden waren am 7. August beschuldigt worden, „eine Tasche mit Altpapier und Koranseiten auf ein verlassenes Grundstück geworfen zu haben“. Sie wurden festgenommen und nach Abschnitt 295-B des pakistanischen Strafgesetzbuches wegen „vorsätzlicher Verunreinigung, Beschädigung oder Schändung des Korans“ angeklagt. Dieser Abschnitt des pakistanischen Blasphemiegesetzes sieht eine lebenslange Haftstrafe für Verurteilte vor. Beide Frauen wiesen die Vorwürfe vehement zurück. Der Richter ordnete den Freispruch an, nachdem er die vom Bezirkspolizisten vorgelegten angeblichen Beweise überprüft hatte. Angehörige religiöser Minderheiten in Pakistan, etwa Christen, werden überproportional häufig der Blasphemie bezichtigt, oft aufgrund von persönlichen Streitigkeiten oder Missgunst. Immer wieder kommt es vor, dass Christen wegen Blasphemievorwürfen zu lebenslanger Haft oder gar zum Tode verurteilt werden. Von den über 230 Millionen Einwohnern Pakistans sind 96 Prozent Muslime, zwei Prozent Christen und ein Prozent Hindus.

[siehe auch AKREF](#)

Plakat in Teheran

„Es werden keine Gefangenen freigelassen“

(Von Israelnetz vom 24. Oktober 2024) Auf dem Palästina-Platz in Teheran hängt seit Dienstag ein großes Plakat, das blutbespritzte Bilder israelischer Geiseln zeigt. In der Mitte prangt auf Hebräisch und Persisch die Aufschrift: „Es werden keine Gefangenen freigelassen“. Abgebildet sind auch die beiden Kleinkinder Kfir und Ariel Bibas, außerdem die bereits von der israelischen Armee [befreite](#) Geisel No'a Argamani. Rund hundert Geiseln befinden sich noch immer im Gazastreifen. Viele von ihnen sind nicht mehr am Leben. Die [Tötung](#) von Hamas-Chef Jahja Sinwar hat in Bezug auf ihr Schicksal Hoffnungen und Befürchtungen geweckt. (cs)

Polen: Ärztin soll Frauen zur Abtreibung verholffen haben

Anklage: Leitende Gynäkologin des Prenzlauer Krankenhauses in Stettin vor Gericht

Prenzlau/Stettin (IDEA) – In Polen steht die leitende Gynäkologin des Prenzlauer Krankenhauses (Uckermark) vor Gericht, weil sie im Nachbarland Frauen zur Abtreibung verholffen haben soll. Die Angeklagte Maria Kubisa ist Polin. Sie betreibt auch eine private Praxis in Stettin. Die dortige Staatsanwaltschaft wirft ihr vor, in sechs Fällen „Beihilfe zu einem Schwangerschaftsabbruch zur Erzielung von materiellem Gewinn“ geleistet zu haben. Es geht um die Zeit, als die deutsch-polnische Grenze während der Corona-Pandemie geschlossen war und polnische Schwangere nicht nach Prenzlau kommen konnten. Damals soll die Gynäkologin Medikamente zum Schwangerschaftsabbruch nach Polen geschickt haben. Sie will damit nach eigenen Angaben Frauen in lebensbedrohlichen Situationen geholfen haben. Ihr Anwalt Rafal Gawecki sagte der Deutschen Presse-Agentur (dpa): „Meine Mandantin bekennt sich nicht schuldig, da sie die ihr zur Last gelegten Handlungen nicht begangen hat.“ Nach dem ersten Prozesstag sagte Kubisa dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb): „Nach 33 Jahren ununterbrochener Arbeit für die Frauen, wo man jeden Tag einen Fehler machen kann, habe ich keinem was Schlechtes getan.“ Egal wie das Urteil ausfalle, werde sie auch weiterhin Frauen in Not helfen, so Kubisa. Ihr drohen bis zu drei Jahre Haft. Polen hat eines der strengsten Abtreibungsgesetze in Europa. Eine Abtreibung ist nur erlaubt, wenn die Schwangerschaft aus einer Vergewaltigung oder Inzest hervorging oder das Leben und die Gesundheit der Frau bedroht sind. Im polnischen Parlament gibt es keine Mehrheit, das weitgehende Abtreibungsverbot zu lockern. Das Urteil des Bezirksgerichts Stettin wird für den 11. Dezember erwartet. Das Verfahren findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Russland: AVC – Befreundeter Pastor in Russland verhaftet

Er soll sich in einer Predigt gegen Krieg und Kriegsdienst gewandt haben

Nidda (IDEA) – Ein befreundeter Pastor des Missions- und Hilfswerks AVC – Aktion für verfolgte Christen und Notleidende (Nidda/Mittelhessen) ist in Russland verhaftet worden. Wie das Werk mitteilte, erfolgte die Verhaftung am 17. Oktober in der Wohnung des Betroffenen. Um seine Situation nicht zu erschweren, nannte AVC weder Namen noch Ort. Der Pastor habe stundenlang mit dem Gesicht auf dem Boden liegen müssen und sei immer wieder geschlagen worden, während Beamte seine Wohnung durchsucht hätten. Als dessen Sohn ihn im Gefängnis besuchen durfte, habe der Vater aufgrund der Misshandlungen auf einem Ohr nichts mehr hören können. Eine Gerichtsverhandlung sei für den 20. Oktober angesetzt. Dem Pastor drohten bis zu fünf Jahre Haft. Ihm werde zur Last gelegt, sich in einer Predigt gegen den Krieg und den Kriegsdienst ausgesprochen zu haben. AVC ruft dazu auf, für den Pastor und seine Familie zu beten. Das Werk besteht seit 1972 und unterstützt Verfolgte und Notleidende in über 60 Ländern auf vier Kontinenten. Es gehört zum Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP). Leiter von AVC Deutschland ist Eduard Schmidt.

Saudi-Arabien: Keine Bewerbung um Sitz im Menschenrechtsrat

International Christian Concern - Bei der Abstimmung letzte Woche in der UN-Generalversammlung in New York lehnten die Vertreter Saudi-Arabiens Bewerbung um einen Sitz im einflussreichen Menschenrechtsrat ab. Die Abstimmung über einen Sitz im Rat ist geografisch aufgeteilt, wobei sechs Länder um fünf freie Plätze konkurrierten. Die Marshall-Inseln erhielten den fünften Sitz und schlugen Saudi-Arabien mit nur sieben Stimmen Vorsprung.

Saudi-Arabien war bereits früher Mitglied des Menschenrechtsrats, zuletzt für eine dreijährige Amtszeit ab 2017. Die erfolglose Kandidatur Saudi-Arabiens war das einzige umkämpfte Rennen um einen Sitz im Menschenrechtsrat, denn in jeder anderen Region entsprach die Zahl der Kandidaten der Zahl der offenen Plätze. Die Vereinigten Staaten kündigten letzten Monat an, dass sie sich nicht um eine Wiederwahl in den Rat bemühen würden.

„Wir sind erleichtert, dass genügend Staaten ihre Menschenrechtsbilanz bei der Abstimmung berücksichtigt haben“, sagte Madeleine Sinclair, Direktorin des New Yorker Büros des Internationalen Dienstes für Menschenrechte. „Die Bilanz von Saudi-Arabien ist eine lange Liste von Verstößen, die der Rat angehen sollte.“

Die Vereinigten Staaten haben Saudi-Arabien 13 Mal als besonders besorgniserregendes Land (Country of Particular Concern, CPC) eingestuft, seit sie diese Bezeichnung 1999 zum ersten Mal vergeben haben, und seit 2016 jedes Jahr. Die Einstufung als besonders besorgniserregendes Land soll Druck auf Länder ausüben, die systematisch, kontinuierlich und in eklatanter Weise gegen die Religionsfreiheit verstoßen.

Blasphemie und Apostasie sind nach saudischem Recht Straftaten, die mit hohen Geldstrafen, langen Haftstrafen, Auspeitschungen und sogar dem Tod geahndet werden. Nach Angaben der Aktivistengruppe Reprieve hat Saudi-Arabien in diesem Jahr mindestens 212 Menschen hingerichtet und damit den bisherigen Jahresrekord von 196 Hinrichtungen im Jahr 2022 und 172 Hinrichtungen im Jahr 2023 übertroffen.

Das Blasphemiegesetz des Landes verbietet im Wesentlichen den Ausdruck religiöser Minderheiten, während das Verbot der Apostasie Muslime daran hindert, den Islam zu verlassen und einen anderen Glauben anzunehmen. In Verbindung mit der in den Schulen gelehrt Vorstellung, dass alle Kinder als Muslime geboren werden, lässt dies wenig Raum, sich mit einem anderen Glauben als dem Islam zu identifizieren.

Die öffentliche Anbetung bei irgendeiner anderen Glaubensrichtung als des Islams ist in Saudi-Arabien verboten, wobei die Regierung diese Einschränkung sorgfältig durchsetzt und private Versammlungen nur unter strengsten Auflagen zulässt.

Wie viele autoritäre Regime auf der ganzen Welt betrachtet die saudische Regierung die Religionsfreiheit als Bedrohung für ihren absoluten Machterhalt. Indem es ihr gelungen ist, den Islam zu einem Werkzeug des Staates zu verdrehen und zu manipulieren, erlaubt sie nicht einmal Muslimen, ihren Glauben in Freiheit zu praktizieren. Sie unterhält sogar eine Vollzugsbehörde, die sicherstellen soll, dass die Muslime ihren Glauben in einer Weise praktizieren, die den Interessen des Staates nicht zuwiderläuft.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Somalia: Christlicher Konvertit erleidet dritten Angriff

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/24.10.24 - Ein Konvertit vom Islam in Somalia, der im Mai und Juli angegriffen wurde, wurde am 5. Oktober erneut angegriffen, nachdem muslimische Verwandte ihn verdächtigten, christliche Gebetstreffen zu leiten, wie er sagte.

Mohammad Abdul leitete in seinem Haus in einer nicht genannten Stadt in der Region Lower Juba eine Andacht hinter verschlossenen Türen, als vier muslimische Verwandte eintrafen und draußen auf ihn warteten, bis er fertig war. Als er nach draußen ging, war er überrascht, seine Verwandten zu sehen, die ihn ohne Begrüßung ausfragten, sagte Abdul.

Er sagte, sie fragten ihn: „Warum betest du anders als die Muslime? Was ist so einzigartig an deinem Gottesdienst? Warum schließt du dich im Zimmer ein, wenn du betest?“

Abdul sagte, er habe geantwortet: „Mein Gebet ist ein Geheimnis zwischen mir und meinem Herrn Isa [Jesus], und außerdem, warum sollte ich in der Öffentlichkeit beten? Das ist nur eine Möglichkeit, den Menschen zu gefallen, aber in meiner Zeit der Anbetung sollte ich nur Gott gefallen, der in den himmlischen Gefilden ist.“

Als man ihm sagte, er müsse sich den Muslimen für den islamischen Gottesdienst anschließen, antwortete er, er habe den christlichen Glauben angenommen und Christus sei sein Herr und Erlöser, und fügte hinzu: „Isa, der mich gerettet hat, kennt mein Herz, und ich bin in meinem Herzen glücklich, also lasst mich in Ruhe.“

Einer der Verwandten sei auf ihn gesprungen, ein anderer habe ihn mit einem stumpfen Gegenstand geschlagen und ein dritter ihm ins Gesicht geschlagen, sagte er. Er erlitt einen Bruch an der linken Hand, verletzte sich an den Fingern der rechten Hand und erlitt Schnittwunden im Gesicht.

„Du ziehst schrecklichen Ärger auf dich und deine Familie“, sagte einer der Verwandten zu ihm, woraufhin Abdul antwortete: „Ihr könnt mich weiter verprügeln, wenn ihr wollt, aber ich kann euch sagen, dass Isa mich gerettet hat. Ob ich sterbe oder nicht, ich lebe, um ihm zu dienen.“

Sie ließen ihn blutend zurück, als einer von ihnen zu seiner Überraschung sagte: „Da du Gott liebst, möge er dich auf den richtigen Weg führen“, sagte Abdul.

Anfang September hatte ihn einer der Verwandten dabei erwischt, wie er in einem Raum ein Gebet und eine Andacht leitete. Der Verwandte fragte seine Frau: „Ich bin ratlos, was ist mit deinem Mann los, dass er Gebete leitet und dabei die Tür schließt? Das ist eine andere Art zu beten, im Gegensatz zur Art, wie Muslime beten.“

Der Verwandte sei dann schnell weggegangen, sagte Abdul. Als sie merkte, dass ihr Leben in Gefahr war, erzählte sie Abdul von dem Verwandten, als er das Gebet beendet hatte.

Abdul hatte einen [Messerangriff am 5. Mai](#) durch seine muslimischen Verwandten am Stadtrand von Kismayo in der Region Lower Juba im Süden Somalias überlebt, und seine Schwiegereltern hatten seine Frau und seine fünf Kinder mitgenommen, während er im Krankenhaus behandelt wurde. Abdul hat sich im März zu Christus bekehrt.

Nachdem er seine Familie zurückerhalten und sie nach dem Angriff im Mai, bei dem er eine tiefe Schnittwunde am Kopf und einen Handbruch erlitt, in ein anderes Gebiet umgesiedelt hatte, erlitt Abdul bei einem Angriff am [8. Juli](#) wiederum Verletzungen, die ihm die Fähigkeit zu sprechen nahmen, wie seine Frau sagte. Die Verwandten brachen seiner Frau auch den Knöchel und schlugen seine Kinder.

Abdul hatte ein gemietetes Haus für seine Familie gefunden, nachdem Verwandte sein Haus bei dem Angriff am 5. Mai zerstört hatten.

Laut dem US-Außenministerium legt die Verfassung Somalias den Islam als Staatsreligion fest und verbietet die Verbreitung jeder anderen Religion. Sie schreibt außerdem vor, dass Gesetze den Grundsätzen der *Scharia* (islamisches Recht) entsprechen müssen, ohne Ausnahmen bei der Anwendung für Nicht-Muslime.

Die Todesstrafe für Apostasie ist nach Ansicht der etablierten Schulen der islamischen Rechtswissenschaft Teil des islamischen Rechts. Eine islamische Extremistengruppe in Somalia, Al Shabaab, ist mit Al Qaida verbündet und hält sich an diese Lehre.

Somalia steht auf Platz 2 der Open Doors-Weltbeobachtungsliste 2024, die 50 Länder auflistet, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein.

<https://morningstarnews.org/2024/10/christian-convert-in-somalia-suffers-third-attack/>

Sudan: Bürgerkrieg

Abschuss eines russischen Frachtflugzeugs wirft neues Licht auf internationale Allianzen

Khartoum (Fides) - Der Abschuss eines russischen Frachtflugzeugs über Darfur (Westsudan) wirft ein neues Licht auf die internationalen Allianzen, die den im April 2023 ausgebrochenen sudanesischen Bürgerkrieg anheizen.

Die Maschine, eine „Iljuschin IL-76“, die einem in Kirgisistan registrierten Unternehmen (New Way Cargo) gehörte, war von Ras al Khaimah (Vereinigte Arabische Emirate) aus nach Amdjarass (Tschad) gestartet. Das Flugzeug wurde am 21. Oktober über Malha in Nord-Darfur abgeschossen, angeblich durch eine Rakete der „Rapid Support Forces“ (RSF), die es fälschlicherweise für ein Flugzeug der sudanesischen Armee gehalten hatten.

Die Besatzung dieses Flugzeugs besteht in der Regel aus fünf Männern. Derzeit sind nur die Identitäten von zwei Besatzungsmitgliedern bekannt: ein Russe und ein Kirgise, der einen Ausweis trug, der ihn als Ingenieur eines kirgisischen Unternehmens mit Sitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten auswies.

Das Flugzeug war auf dem Weg nach Amdjarass im Tschad unweit der Grenze zum Sudan, wohin die Vereinigten Arabischen Emirate humanitäre Hilfe für die sudanesische Bevölkerung schicken und dabei den örtlichen Flughafen (Aéroport International Maréchal Idriss Deby) nutzen, der über die längste und am besten asphaltierte Landebahn im gesamten Tschad verfügt. Humanitäre Hilfe, hinter der sich unabhängigen Untersuchungen zufolge Waffenlieferungen an sudanesische Paramilitärs verbergen. Die Emirate gelten als einer der Sponsoren der Rapid Support Forces, die daher mit dem Abschuss des Flugzeugs einen schweren Fehler begangen haben soll. Die Miliz erklärte in einer Stellungnahme, sie habe ein ausländisches Kampfflugzeug abgeschossen, das die sudanesische Armee unterstützt habe. Sie behaupteten auch, ohne Beweise zu liefern, dass das Flugzeug „Fassbomben“ auf die Zivilbevölkerung abgeworfen habe. Die sudanesische Luftwaffe setzt unterdessen Frachtflugzeuge vom Typ Antonow und nicht Iljuschin (wie das abgeschossene Flugzeug) als improvisierte Kampfflugzeuge ein, die während des Fluges mit Sprengstoff gefüllte Fässer von der Heckklappe abwerfen.

Während die Rapid Support Forces von den Vereinigten Arabischen Emiraten und dem russischen privaten Militärunternehmen Wagner-Group unterstützt werden, erhält die sudanesische Armee Unterstützung von Ägypten, der Türkei und dem Iran, während die ukrainischen Spezialeinheiten von Zeit zu Zeit Videos veröffentlichen, in denen ihre Männer zu sehen sind, wie sie gegen russische Söldner vorgehen, die die Rapid Support Forces unterstützen. Abgesehen vom internen Ursprung des Konflikts ist der Sudan also auch Teil des „Weltkriegs in Stücken“.

(L.M.) (Fides 23/10/2024)

Weltweit: Islamischer Staat immer noch aktiv – Christen stehen im Fadenkreuz

IIRF-D/BA/Tübingen/24.10.24 - Der Islamische Staat verlor 2019 das letzte Stück seines Kalifats im Nahen Osten. Doch wer dachte, die Terrorgruppe sei besiegt, der irrte sich. Der Islamische Staat stellt nach wie vor eine aktive Bedrohung für die globale Sicherheit dar, ist nach wie vor eine Gefahr für Menschen aller Religionen und für Menschen, die keiner Religion angehören, und nach wie vor einer der Hauptverantwortlichen für die Verfolgung von Christen.

Woran glaubt der Islamische Staat?

Die Ideologie des Islamischen Staates umfasst mehrere Elemente, die als islamistisch, salafistisch und dschihadistisch charakterisiert werden können.

Islamismus ist eine Form des politischen Islam, dessen Anhänger glauben, dass das islamische Recht (Scharia) vorherrschen sollte.

Salafismus ist eine Bewegung für die Reinheit des Islam – ein Versuch, moderne, unislamische Neuerungen (*Bid'a*) aus der Religion zu entfernen.

Die Bedeutung des Dschihad wird unterschiedlich diskutiert, aber für den IS und andere bedeutet er einen gewalttätigen Krieg gegen Ungläubige.

Der IS glaubt, dass er einen Krieg führt, der zu einem endgültigen Sieg der Umma (der universellen muslimischen Gemeinschaft) über die nicht-muslimische Welt führen wird.

Woher kommt der Islamische Staat?

Der IS entstand erstmals Ende der 2000er Jahre als irakischer Zweig von Al-Qaida. Taktische und theologische Differenzen in Verbindung mit einem hohen Maß an internen Kämpfen führten dazu, dass er sich bald von seiner Mutterorganisation abspaltete.

Der IS begann 2014, Gebiete im Irak und im benachbarten Syrien zu erobern, und hielt bald ein Drittel des irakischen und ein Viertel des syrischen Territoriums. Im Juni desselben Jahres wurde dieses Territorium zum Kalifat erklärt, mit dem damaligen IS-Führer Abu Bakr al-Baghdadi als Kalif – dem Anführer, dem, so der IS, alle Muslime Treue schulden.

Der IS hatte bald Schwierigkeiten, sein Kalifat angesichts einer oppositionellen internationalen Militäralianz aufrechtzuerhalten. Bis Dezember 2017 hatte er 95 % seines Territoriums verloren und wurde nach dem Verlust seines letzten Stück Landes im März 2019 für besiegt erklärt.

Ist der Islamische Staat besiegt?

Der Verlust dieses Territoriums und der Tod des IS-Anführers al-Baghdadi bei einem US-Angriff sechs Monate später waren ein schwerer Schlag. Aber der IS ist immer noch aktiv.

Selbst auf dem Höhepunkt seiner Kontrolle über das Kalifat im Nahen Osten etablierte sich die Terrorgruppe anderswo: zuerst in Nordafrika, dann in Süd-, Zentral- und Südostasien und, vielleicht am erfolgreichsten, in Afrika südlich der Sahara.

Der IS überlebt im Irak und in Syrien, ist aber an anderen Orten vielleicht stärker.

Wo ist der Islamische Staat aktiv?

An vielen Orten gibt es Provinzen (*Wilayat*) des Islamischen Staates. Dies sind nur einige der bekanntesten.

Islamischer Staat in Westafrika

Zwei große Zweige des IS sind die Provinz des Islamischen Staates Westafrika (ISWAP, mit Sitz in Nigeria) und die Provinz des Islamischen Staates Sahel (ISSP). Die ISSP ist eine der islamistischen Gruppen, die droht, Burkina Faso, Mali und Niger zu überwältigen – ein Forscher nennt es „[die Afghanisierung der afrikanischen Sahelzone](#)“. ISWAP hat zu einer Situation im Norden und im mittleren Gürtel Nigerias beigetragen, die in den letzten 15 Jahren zum Tod von etwa 45.000 Christen geführt hat.

Islamischer Staat in der Demokratischen Republik Kongo und Mosambik

Der Islamische Staat Mosambik (IS-M) führt seit mehreren Jahren Krieg im Norden des Landes. Noch mehr als andere islamistische Terroristen sind die Kämpfer des IS-M für die Brutalität ihrer Tötungen bekannt. Die Provinz Zentralafrika des Islamischen Staates (ISCAP, auch bekannt als die Allied Democratic Forces) hat ihren Sitz im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo, wo sie seit Oktober 2017 mehr als 5.000 Christen abgeschlachtet hat. Beide Gruppen werden vom Al-Karrar-Büro des Islamischen Staates in Somalia koordiniert, und es wird berichtet, dass sich die Kämpfer frei zwischen den beiden Konfliktzonen bewegen können. ISCAP war für das [Schulmassaker](#) verantwortlich, bei dem im Juni 2023 im Westen Ugandas fast 40 christliche Kinder getötet wurden.

Islamischer Staat in Afghanistan

Das Chaos, das in Afghanistan seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 herrscht, hat dem Islamischen Staat Khorasan (ISKP) Aufschwung verschafft. Der ISKP verbreitet erfolgreich IS-Propaganda in vielen Sprachen und wirbt in Zentralasien, insbesondere unter Tadschiken, um neue Mitglieder. Die Gruppe hat Anschläge in Pakistan, im Iran und in Afghanistan verübt. Sie hat sogar Russland angegriffen und gilt als die IS-Tochterorganisation, die am aktivsten Operationen im Westen plant.

Bedroht der Islamische Staat Christen?

Der Islamische Staat bedroht jeden, auch Muslime. Angesichts der extremen Ideologie des *Takfiri* (der Bereitschaft, andere Muslime als abtrünnig zu erklären) des IS können sogar andere Dschihadisten als Todfeinde angesehen werden. Christen sind jedoch ein besonderes Ziel.

Im irakisch-syrischen Kalifat gehörten Christen zu den Minderheitengruppen (Jesiden waren ein weiteres Beispiel), die unter der Brutalität des IS litten – sie wurden entweder unterworfen, gezwungen, ihre Häuser und ihr Eigentum aufzugeben und zu gehen, oder getötet.

IS-Verbündete folgen heute demselben Muster. ISCAP beispielsweise postet oft auf Social-Media-Kanälen seinen [Dank für die Ermordung von Christen](#) in der Demokratischen Republik Kongo. IS-M hat [Christen \(und Juden\) mit dem Tod](#) bedroht, wenn sie sich weigern, *Jizya* (eine Steuer, die Christen und Juden, die sich der Unterwerfung unter islamische Eroberer unterwerfen, an islamische Eroberer zahlen müssen) zu zahlen.

Wie können wir auf den Islamischen Staat reagieren?

Sicherheit und Terrorismusbekämpfung sind ein komplexes Thema. Der IS ist weiterhin eine globale Bedrohung. Die internationale Gemeinschaft darf nicht zulassen, dass andere Kriege und humanitäre Katastrophen den IS von der Tagesordnung verdrängen.

Es ist auch klar, dass militärische Maßnahmen gegen den IS nicht ausreichen. Online-Propaganda über Social-Media-Kanäle, islamistischer Cyberterrorismus und der Transfer von Geldern (z. B. durch das in Somalia ansässige Al-Karrar-Büro) müssen unterbunden werden. Auch gemäßigte Muslime können helfen, indem sie sich gegen den IS aussprechen, um die Radikalisierung insbesondere junger muslimischer Männer zu bekämpfen.

Christen mögen sich angesichts einer so überwältigenden Gefahr hilflos fühlen. Doch sollten sie sich daran erinnern, dass es mehr Menschen gibt, die für sie kämpfen, als solche, die gegen sie kämpfen ([2. Könige 6:16-17](#)). Unser Gott ist nicht überwältigt, und er hat allen, die bei ihm Zuflucht suchen, ewige Sicherheit versprochen.

<https://www.barnabasaid.org/de/long-reads/islamic-state-is-still-active-and-christians-are-in-the-firing-line/>

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]